

WENN DU AUSTRITTS, KRIEGST DU MEHR LOHN

Gemeint ist der Austritt aus der Gewerkschaft. Wer dies propagiert, sind die staatlichen Betriebe in der Türkei.

Es ist nicht das einzige Mittel, um die Gewerkschaften zu schwächen. So stehen denn im Moment in der Türkei 1471 GewerkschafterInnen vor Gericht. Vorher waren viele von ihnen inhaftiert und wurden gefoltert. Die Militärstaatsanwälte verlangen 7 bis 20 Jahre Gefängnis und die Aberkennung der Bürgerrechte auf Lebenszeit. Zusätzlich haben sie alle Büros und Ferienhäuser, die beweglichen Güter und Finanzen der Gewerkschaften und des DISK konfisziert und verlangen deren Auflösung.

Was haben die angeklagten Frauen und Männer verbrochen?

Bis zum Putsch vom 12. September 1980 waren sie Verantwortliche der 29 Gewerkschaften des DISK. Der DISK ist ein unabhängiger fortschrittlicher Gewerkschaftsbund, der beim Putsch eine halbe Million Mitglieder zählte.

Und hier die "Verbrechen", am Beispiel der Textilarbeiter und der Gewerkschaft der öffentlichen Dienste:

- In ihren Statuten verlangten sie die Unabhängigkeit des Landes und des türkischen Volkes. Die ArbeiterInnen sollten den Staat mit aufbauen. → Militärstaatsanwalt: Die Gewerkschaften bekundeten den Willen, das Parlament zu stürzen und eine Volksdiktatur zu errichten...
- In den gewerkschaftlichen Statuten steht die Bildung und Weiterbildung der Mitglieder. → Militärstaatsanwalt: Sie wollten an Seminarien die Basismitglieder indoktrinieren und marxistische Gehirnwäsche betreiben...
- Sie streikten und nahmen an Demonstrationen teil (die vor dem Putsch legal waren). → Militärstaatsanwalt: Das ist heute ein Verbrechen...
- Die 29 Gewerkschaften sind Mitglieder des DISK. → Militärstaatsanwalt: Das genügt als Straftatbestand...

Zu bemerken ist, dass alle Statuten und Aenderungen der Gewerkschaften und des Gewerkschaftsbundes sowieso immer durch amtliche Stellen auf ihre Legalität hin geprüft wurden und vor dem Putsch zu keinen Beanstandungen geführt hatten.

Am 12. September 1980 putschten die Militärs und setzten die Regierung Demirel ab. Erklärtes Ziel der Generäle: den Terrorismus bekämpfen sowie Ruhe und Ordnung wiederherstellen. Schon in den ersten Monaten nahmen Armee und Polizei 45 000 Personen fest. Tausende mussten sich vor Militärgerichten verantworten, die erstmals seit Jahren wieder Todesurteile aussprachen und auch vollstrecken ließen. Unter den Häftlingen fanden sich längst nicht nur Gewalttäter, sondern auch Hunderte von ehemaligen Politikern, Gewerkschaftern, Journalisten und Intellektuellen, die einzig wegen ihrer Gesinnung verfolgt wurden. Nachdem die Militärbehörden die Dauer der Haft ohne Anklage von 15 auf 90 Tage erhöht hatten, erlebte die Folter einen neuen Höhepunkt. Nach Angaben von Amnesty International wird sie seither systematisch angewendet. Dutzende von Häftlingen sind bis heute an den Folgen der Folter gestorben.

Tages Anzeiger-Magazin
Nr. 25/1985



Slifonds

Solidaritätsfonds für den
sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt
Fonds de solidarité
pour la libération sociale dans le tiers-monde



Die Uebernahme der Macht durch die Militärs in der Türkei kam nicht wie ein unvorhersehbares Gewitter. Als das stark verschuldete Land Ende 1979 auf die Sanierungsforderungen des IWF (Internationaler Währungsfonds) einging, war ein wichtiger Grundstein für den Militärputsch gelegt. Die Forderungen beinhalteten unter anderem ein günstiges Klima für ausländische Kapitalbeteiligungen und Firmenniederlassungen, die Erhöhung der indirekten Steuern, die Senkung der Staatsausgaben, das Einfrieren der Löhne und Gehälter. Damit waren Bedingungen gestellt worden, die keine gewählte und abwählbare Regierung erfüllen konnte.

Türkischer Putschist Botschafter in Bern

Bern. - Der ehemalige General Haydar Saltik, der als Planer des Militärputsches in der Türkei vom September 1980 gilt, ist als neuer türkischer Botschafter in der Schweiz akkreditiert worden.
Tages Anzeiger 21.1.1986

Am meisten Gesuche von Türken

Grösste Gruppe der Asylbewerber sind die Türken, von denen im letzten Jahr 171 aufgenommen wurden, was 10 Prozent der behandelten türkischen Gesuche entspricht.
Tages Anzeiger 1.1.1986

Zürich, 13. Dez. Die Schweiz hat der Türkei im Laufe dieses Jahres Waffen für 117 Millionen Franken geliefert - hauptsächlich Flab-Kanonen der Firma Bührle. An sich untersagt das Kriegsmaterialgesetz Waffenexporte in Gebiete, in denen gefährliche Spannungen bestehen oder die Menschenrechte verletzt werden. Offenbar betrachtet der Bundesrat die Situation in der Türkei aber nicht mehr als beunruhigend, hat er doch das Exportgesuch von Bührle bewilligt. Dem Vernehmen nach hatte auch Pierre Auberts Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) keine Einwendungen, obwohl sich Aubert in einem TA-Interview Anfang Oktober noch kritisch über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei geäußert hatte.
Tages Anzeiger 14.12.1985

WAS IST DER SOLIFONDS?

Der "Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt" ist eine Stiftung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes und einer Reihe Hilfswerke und Entwicklungspolitischer Organisationen.

Ich möchte mehr über den SOLIFONDS wissen:

Name:
Vorname:
Adresse:
.....
SOLIFONDS, Quellenstr. 31,
8005 Zürich

Laut Aussa-
gen von André Maillard, Schwei-
zer Botschafter in Ankara, belegt
die Schweiz unter den ausländi-
schen Investoren den ersten Platz
und unter den Handelspartnern
den fünften. Tages Anzeiger
Nr 25/1985

Exportrisikogarantie: Neuer BBC-Antrag

Baden/Bern. - Für einen Milliardenauftrag aus der Türkei ist in Bern durch Brown, Boveri eine Deckung durch die Exportrisikogarantie (ERG) beantragt worden. Es geht um den Bau eines Kohlekraftwerks, wie die Firma am Donnerstag bestätigte. Der Bundesrat beriet an seiner Sitzung vom Mittwoch über den Antrag, bereits vor zwei Jahren hatten die Bundesbehörden nach längerem Hin und Her einem BBC-Gesuch für die ERG-Deckung eines türkischen Grossauftrags zum Bau des Wasserkraftwerks "Atatürk" zugestimmt.
Tages Anzeiger 21.1.1986

Hilft die Schweiz die Kurden zu diskriminieren?

In der Türkei leben fast 9 Millionen Kurden. Doch ihre ethnische Identität wird unterdrückt. Kurdisch als Sprache ist verboten. Entsprechend fehlen kurdische Schulen wie auch kurdische Radio- und Fernsehstationen und Zeitungen. Im Osten der Türkei liefern sich türkische Armee-Einheiten und kurdische Rebellen erbitterte Kämpfe. In diesem ungleichen Kampf verhält sich die Schweiz nicht neutral.

«Dämme gegen die Kurden».

Speziell das mit Atatürk verbundene Bewässerungsprojekt Urfa beinhaltet die Gefahr, dass die kurdische Bevölkerung vertrieben und von Karakaya ist es den Arbeitern verboten, miteinander kurdisch zu sprechen. Ein leiser Vorgeschmack auf die viel grössere Diskriminierung der Kurden durch Atatürk? Gewiss, die Konflikte zwischen Türken und Kurden lassen sich nicht einfach auf ökonomische Gründe zurückführen, und schon gar nicht dürfen sie der schweizerischen Wirtschaft in die Schuhe geschoben werden. Allerdings helfen Schweizer Projekte wie Atatürk und die Wirtschaftshilfe für die Region Oezal mit, das Diskriminationsnetz gegen die Kurden enger zu knüpfen.

- Sie liefert dem Militärregime für 118,3 Millionen Franken Waffen. Werden sie eines Tages direkt oder indirekt gegen die Kurden eingesetzt? Laut dem Kriegsmaterialgesetz von 1973 sind Waffenexporte in «Spannungsgebiete» verboten, ebenso solche in Länder, welche die Menschenrechte verletzen. Diese Waffenexporte sind in unseren Augen illegal!
- Die von Schweizer Firmen gebauten Kraftwerke Keban, Karakaya und Atatürk liegen samt und sonders auf kurdischem Gebiet. Kurden empfinden diese Projekte als

Der Bumerang lässt nicht auf sich warten: Kurden ersuchen in der Schweiz um Asyl. In diesem Jahr noch mehr als in den Jahren zuvor.

Dokumentation Nr 1/1986
Erklärung von Bern

Zu dieser Türkei der Foltergeneräle unterhalten die Schweizer Banken die engsten Geschäftsbeziehungen unter allen Ländern der Dritten Welt. Die 2215 Millionen Franken, welche sie in die Türkei gepumpt haben, machen einen Sechstel der Türkei-Kredite aller internationalen Banken aus. Und fast die Hälfte aller bei ausländischen Banken angelegten türkischen Gelder, nämlich 4816 Millionen Franken, liegen bei den Schweizer Banken!

Die Unterdrückung der freien Gewerkschaften in der Türkei bringt dort einen enormen Druck auf das Lohnniveau. Gleichzeitig wirbt die türkische Regierung als Produktionsstandort für europäische Unternehmen, auch für schweizerische.

Solange jedoch eine Tiefstlohnpolitik und die politische Unterdrückung der grundlegenden Rechte andauern, solange werden auch türkische Frauen und Männer zur Flucht aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gezwungen.

Darum unterstützt der SOLIFONDS die angeklagten GewerkschafterInnen in der Türkei und fordert zu deren materiellen und moralischen Unterstützung auf.



PC SOLIFONDS: 80-7761-7, Zürich